

Bahn soll für Todeszüge zahlen



„Zug der Erinnerung“ hält im Hauptbahnhof

HANNOVER. Von Sonntag bis Donnerstag hält der „Zug der Erinnerung“ im Hauptbahnhof Hannover, danach zwei Tage in Lehrte.

Auf Initiative des DGB ist die Schau damit in Hannover zum zweiten Mal zu sehen. Sie sei überarbeitet worden und der Ausstellungsteil „Verdrängen und Vergessen“ neu hinzugekommen, sagt der DGB-Vorsitzende Sebastian Wertmüller.

Die Ausstellung widmet sich besonders dem Schicksal jüdischer Kinder und Jugendlicher. „Niedrigschwellig“, so Wertmüller. Anmel-

dungen sind nicht nötig, werden für Schulklassen aber empfohlen (0511/66 20 14).

Die Dampflok mit zwei Waggons steht in Hannover auf Gleis 3. Die Ausstellung öffnet Sonntag von 14 bis 19 Uhr, an allen anderen Tagen von 8 bis 19 Uhr. Außerdem gibt es ein reichhaltiges Begleitprogramm mit Führungen und Zeitzeugengesprächen.

www.niedersachsenmitte.dgb.de

„ZUG DER ERINNERUNG“: In Hannover kamen im vergangenen Jahr 10 000 Besucher. Foto: Surrey

Neuer Konflikt um die rollende Ausstellung

WALSRODE. Die Organisatoren des „Zuges der Erinnerung“ haben der Deutschen Bahn (DB) jetzt vorgeworfen, die Ausstellung zu behindern.

In Walsrode sei es dem Zug nicht gestattet worden, im Bahnhof zu halten. Es sei beschämend, dass die DB „die Rufschädigung ihres Unternehmens fortsetze“, heißt es in einer Mitteilung. Damit spielt der Verein auf einen Konflikt der vergangenen Monate an, die Bahn

stellt ihm stets Gebühren für die Nutzung der Schienen und Bahnhöfe in Rechnung. Das sei laut DB gesetzlich vorgeschrieben. Der Konflikt schien geschlichtet, nachdem der neue Bahnchef Rüdiger Grube 150 000 Euro für einen Hilfsfonds gespendet hatte.

Die Bahn betont, in Walsrode habe man sich mit dem Verein nicht über die Absicherung des Zuges einigen können. dpa

Verein fordert Millionen für die letzten KZ-Überlebenden

Hat die Reichsbahn mit den Todeszügen Geld verdient? Ein Verein will Entschädigungszahlungen.

VON DIRK ALTWIG

HANNOVER. Ründ drei Millionen Menschen hat die Deutsche Reichsbahn in Ghettos und Konzentrationslager transportiert – und damit in den meisten Fällen in den Tod. Der Verein „Zug der Erinnerung“ fordert jetzt für die letzten Überlebenden Entschädigungszahlungen in Millionenhöhe.

Bahnhof Linden-Fischerhof: Acht Züge mit Juden aus Hannover und Umgebung sind von 1941 bis 1945 von hier nach Riga, ins Warschauer Ghetto, nach Auschwitz oder Theresienstadt gerollt. Mit knapp 2400 Menschen, von denen nur wenige dem Holocaust entkommen sind. Viele starben bereits während der Fahrt an Hunger, Durst oder Krankheiten.

„Wir hatten Glück“, erinnert sich die Südstädterin Margot Kleinberger an die Deportation ihrer Familie ins tschechische Theresienstadt – die Kleinbergers wurden immerhin in einen Dritte-Klasse-Waggon gedrängt. Alte und Kranke in Viehwaggons. Wasser und Essen gabs in keinem Fall, schildert Kleinberger in ihrem Buch „Transportnummer VIII/1387 hat überlebt“. Das Schicksal der damals Elfjährigen ist auch im „Zug der Erinnerung“ zu sehen, der von Sonntag bis Donnerstag im Hauptbahnhof hält.

Der Zug ist seit zwei Jahren unterwegs, Anlass war die Weigerung des damaligen Bahnchefs Hartmut Mehdorn, eine Ausstellung aus Frankreich über die Rolle der Bahn im Holocaust zu zeigen. Hans-Rüdiger Minow, Vorsitzender des Zug-Vereins, will morgen exakte Zahlen darüber vorlegen, was die Reichsbahn an den Fahrten für den Völkermord

verdient hat. „Es ist ein hoher Millionenbetrag“, sagte Minow der NP. Mit Zins und Zinseszins komme in Euro eine Summe in Milliardenhöhe zusammen. Minow fordert: „Die Opfer müssen dieses Geld zurückbekommen.“ Der Bund oder die Deutsche Bahn müssten in einen Hilfsfonds für die letzten Überlebenden zahlen. „Es wird höchste Zeit.“

Das Bild der Deutschen Bahn, die noch heute vom Reichsbahn-Erbe und von Gewinnen durch Fahrten in Konzentrationslager profitiert, hat sich in der Öffentlichkeit festgesetzt. Allerdings ist umstritten, ob die Reichsbahn mit den Todeszügen Geld verdient hat. „Nach meiner Meinung hat die Reichsbahn da finanziell zugesetzt“, sagt Alfred Gottwaldt, Leiter der Abteilung Schienenverkehr im Deutschen Technikmuseum Berlin. Der Experte forscht seit 1973 am Thema Reichsbahn im Nationalsozialismus.

Seine Erkenntnisse: Zunächst habe die Bahn sehr wohl einzelne Züge für Militär oder andere staatliche Stellen in Rechnung gestellt, mit dem Kriegsverlauf hätten Großkunden wie Wehrmacht, Polizei und eben auch die SS aber nur noch Pauschalpreise zahlen müssen. „Ich gehe davon aus, dass die nicht kostendeckend waren.“ Gottwaldt hat Sorge, wegen dieser Meinung könne er in die falsche Ecke gestellt werden. Deshalb ist ihm ein ergänzender Satz wichtig: „Auf das Finanzielle kommt es doch gar nicht an – die Transporte sind doch so oder so eine Schweinerei.“

Die Deutsche Bahn bekennt sich in eigenen Veröffentlichungen und Ausstellungen zur Rolle der Eisenbahn in der NS-Zeit. Aber Rechtsnachfolger der Reichsbahn sei man nicht. Das Bundesverkehrsministerium zeigte sich von der neuen Millionenforderung des Zug-Vereins überrascht: „Das ist hier noch nicht bekannt.“